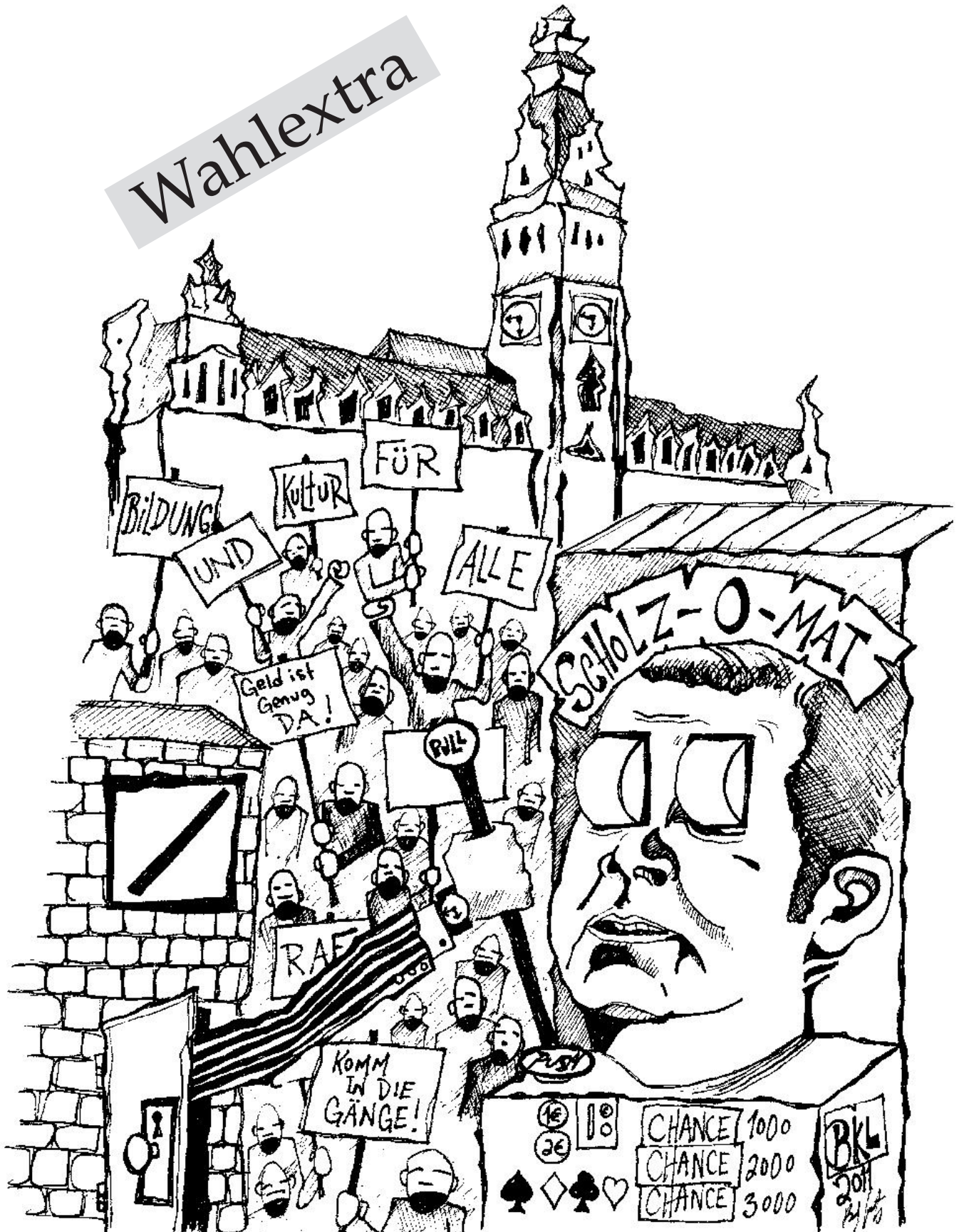


# Der kleine HISTORIX

Flugschrift der HistorikerInnen FSR Geschichte <http://fsrgeschichte.blogspot.de/> Februar 2011

Wahlextra



# Schreibst du noch oder spielst du schon?

## Erlebnisbericht einer Bürgerschaftssitzung

Am Donnerstag, den 16.12.2010 stand die sofortige und umfassende Abschaffung der Studiengebühren als Antrag der Linken auf der Tagesordnung der Bürgerschaft. Wir sind nach der Demonstration „Bildung und Kultur für alle – Geld ist genug da“ zur Sitzung gegangen. Die Demo selbst wurde auf der uniweiten Vollversammlung am 11.11.2010 beschlossen. Zu diesem Zeitpunkt war noch nicht klar, daß die Koalition aus CDU und GAL so schnell platzen würde.

Somit stand die Demo, leicht verändert, unter dem Vorzeichen eines Politikwechsels.

Wir bekamen erst nach längerer Diskussion mit den Ordnungshütern unsere Karten für die Bürgerschaftssitzung, da aufmerksame studentische Öffentlichkeit weitgehend ferngehalten werden sollte. In der Sitzung selbst stellte sich die Debatte als abgekartete Sache dar.

Für die CDU sind Studiengebühren weiterhin ein adäquates Mittel, einen „bescheidenen finanziellen Beitrag“ (ca. 6% des Hochschulhaushalts) für die Hochschulen zu leisten. Sie seien weiterhin richtig, und die Einführung der allgemeinen Studiengebühren 2007 durch den damaligen Wissenschaftssenator Jörg Dräger (heute Bertelsmann-Vorstand) sei „mutig gewesen“.

Die GAL, die im Wahlkampf 2008 noch plakativ mit der Abschaffung der Studiengebühren warb, ist mit sich und dem mit der CDU geschlossenen „Deal“, die Gebühren auf 375€ abzusenken, vollends zufrieden. Die Gebühren seien sozial ausgewogen und die Haushaltslage erlaube es



*Die konzentrierte Beinhaltung als Kernstück eines zukunftsweisenden Parteiprogramms*

derzeit sowieso nicht, jedem Wunsch zu entsprechen. Kein Wort über eine grundsätzliche Ablehnung. Den Rest der Debatte verbrachten GAL-Parlamentarier\_innen mit dem Schreiben von Grußkarten für das Weihnachtsfest oder dem vereinsamten Solitärspiel.

Die SPD beschränkte sich darauf, mit Haushaltsargumenten den Antrag der Linken anzugreifen, obwohl sie bereits 2008 einen fast wortgleichen Antrag zur ersten Sitzung der Bürgerschaft unter schwarz-grün eingebracht hatte und (scheinheilig) ein Bündnis der Gebührengegnerinnen (rot-rot-grün) konstruieren wollte.

Für die Linke als Antragstellerin ist die Abschaffung der Studiengebühren eine prinzipielle Frage des politischen Willens und darf – ebenso wie die Abschaffung der KiTa-Gebühren und des Büchergeldes – nicht von konstruierten finanziellen Sachzwängen abhängig sein.

Einzig durch die Linke wurden prinzipielle Argumente zur Gebührenfreiheit gebracht und Bezug auf die studentischen Aktivitäten in Hochschule und Stadt (wie die Demonstration am selbigen Tage) genommen.

Der Antrag wurde mit acht Ja-Stimmen (sämtlich Linksfraktion) bei keiner Enthaltung abgelehnt. Finanzpolitische Erwägungen sind schwache Argumente in einer Stadt, die sich seit Jahren weigert, die Finanzämter mit zusätzlichen Steuerprüfern auszustatten und sich dann nicht scheut, zusätzliche Steuermehreinnahmen (etwa 580 Mio. € für das Jahr 2010) in Elbphilharmonie und „Haushaltskonsolidierung“ zu versenken.

Gebührenfreiheit ist eine prinzipielle Angelegenheit. Entweder ist sie prioritär oder nicht. Jeder vorgeschobene Grund, die Gebühren nicht umgehend abzuschaffen, offenbart die Unsicherheit in der Position.

Die Studierendenschaft ist sich in der Position sicher: Eine Urabstimmung für die Gebührenfreiheit des Studiums im Mai 2009 ergab eine Zustimmung von annähernd 98%; bei der Unterschriftensammlung für die Gebührenfreiheit wurden bisher 33.000 Unterschriften gesammelt.

Die Bürgerschaftswahl am 20. Februar 2011 ist auch wieder eine Wahl für die Gebührenfreiheit im Bildungswesen.

## Der Haushalt gibt das nicht her

### Kita- vs. Studiengebühren?

GAL und SPD sahen sich am 16.12.2010 außerstande, den Antrag der Linken für gebührenfreie Bildung zu unterstützen. Wie in „Schreibst Du noch oder spielst Du schon?“ beschrieben, versteckten sich die Redner hinter dem Haushaltsvorbehalt: Bis zu den Neuwahlen sei es nicht möglich, haushaltsrelevante Entscheidungen

zu fällen.

Interessanterweise trifft Olaf Scholz einige Wochen später eine durchaus haushaltsrelevante Vereinbarung mit dem Landeselternausschuss (LEA): Öffentlichkeitswirksam möchte Scholz die vom Rechtssenat beschlossenen Erhöhungen der Kita-Gebühren zurücknehmen sowie das in den

Kitas zu zahlende Essensgeld streichen. Darüber hinaus soll der Rechtsanspruch auf einen Hortplatz wieder für Kinder bis zum 14. Lebensjahr erweitert werden. Schön und gut? Während bereits mit zukünftig gebührenfreien Kitas geworben und Wahlkampf betrieben wird, lohnt es, wesentliche Punkte der Vereinbarung

in den Blick zu nehmen:

So soll das fünfständige Grundangebot „Schritt für Schritt kostenfrei gestellt werden“. Welche Schritte wann und wie vollzogen werden (sollen), bleibt offen. Auch ist das fünfständige Grundangebot an sich zu kritisieren: Fünf Stunden täglich sind für alleinerziehende oder doppelt berufstätige Eltern nett, aber lange nicht ausreichend.

Der eigentliche Skandal ist allerdings die Vereinbarung an sich: Ein Kandidat auf das Amt des Bürgermeisters trifft eine Vereinbarung mit einer Interessengruppe – vor der Wahl, ohne jegliche Legitimation und abzielend auf die Zeit nach dem Wahlerfolg.

Hier werden demokratische Rechte ausgehebelt und demokratische Kultur zerstört. Olaf Scholz verspricht die o.g. Wohltaten nämlich nur unter folgender Bedingung:

„Der LEA hat im Gegenzug zugesagt, seine Volksinitiative zu beenden und im Laufe der kommenden Legislaturperiode keine weitergehenden grundlegenden Forderungen für den Krippen- und Elementarbereich mit den Mitteln der direkten Demokratie zu stellen.“

Mit seinem wirklich nicht überzeugenden Angebot hat Herr Scholz sich also gesellschaftliche ‚Ruhe‘ für die Zeit vor und nach der Wahl erkaufte.

Von Seiten der Elternvertreter sollen keine Widerstände mehr zu erwarten sein, die SPD könne beruhigt in den Wahlkampf ziehen und malt sich rot an.

Es bleibt zu hoffen, dass die Hamburger Eltern die Unfähigkeit Ihrer Vertreter\_innen erkennen und diese bittere Beruhigungsspielle nicht schlucken!

Was geht uns das Ganze an? Fortschrittliche Kräfte setzen sich für die Gebührenfreiheit in allen Bildungsbereichen und Lebensabschnitten ein. Selbstverständlich werden in den Kitas Grundsteine der Bildung gelegt – aber dies nützt nicht viel, wenn im Anschluss daran nicht jedem jede Bildungsmöglichkeit offensteht.

Da hilft es auch nicht, wenn Peter Tschentscher (haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft) bei einer von der Fachschaftsrätekonferenz organisierten Diskussionsrunde zur Gebührenfreiheit der Bildung am 12.01.2011 „Gebührenfreie Bildung für alle“ als ur-sozialdemokratisches Anliegen charakterisiert und den Studierenden ähnliche Versprechungen wie Scholz macht.

Er hat z. B. den Studierenden in Aussicht gestellt, „während der nächsten Legislatur die Studiengebühren abzuschaffen“. Einen Fahrplan oder eine

Vereinbarung gibt es allerdings nicht. Es ist auch fraglich, ob eine entsprechende Vereinbarung – wie sie den Eltern präsentiert worden ist – den Studierenden wirklich helfen würde. Deutlich wird, dass Haushaltsvorbehalte oder Fragen an die Finanzierbarkeit wenig mit der tatsächlichen Haushaltslage, dafür aber viel mit politischem Willen zu tun haben. So wurde z.B. auf derselben Sitzung am 16.12.2011 der in „Not geratene“ Hamburgische Versorgungsfonds mit zusätzlichen 120 Mio. € gestützt.

Es darf nicht Ziel sein, die einzelnen Interessensgruppen mit (leeren?) Versprechungen zu kaufen und gegeneinander auszuspielen – nur um davon abzulenken, dass ein gesamtgesellschaftlicher Wandel dringend notwendig wäre.

Vielmehr sollte es darum gehen, gemeinsam eine Sozial-, Bildungs- und Kulturpolitik in Hamburg zu realisieren, die es allen Menschen in dieser Stadt ermöglicht, ein würdiges Leben zu leben – von der KiTa bis zur Uni und darüber hinaus.

Mit diesem Wissen im Hintergrund und ohne Bescheidenheit, sollte jeder sein Wahlrecht bei der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft verantwortungsvoll wahrnehmen.

## Schafft eine, zwei, viele Elbphilharmonien?!

### Rot-grüne Kulturabsichten

Kultur ist lieb. Und teuer, nicht nur in einem ökonomischen Sinne. Wenn man sie denn ernsthaft betreibt oder den Betrieb ernsthaft ermöglichen möchte. Seit dem angekündigten Kürzungsvorhaben des schwarz-grünen Senats im September 2010 ist Kultur als ein Politikfeld in das Zentrum der sonst so sattsamen, und nur scheinbar sparsamen (siehe Elbphilharmonie) Kaufmannsrepublik Hamburg geraten. CDU und GAL sind geschieden, die Union wird nach fast zehn Jahren wieder die Oppositionsbank drücken. Olaf Scholz hat schon die Stadtvaterschaft erklärt (ohne die Kinder vorher zu fragen), die GAL profitiert vom Zerfall der Union. Einige kulturpolitische Erleichterungen sollen nach Maßgabe der Neu-Koalitionäre den kulturell und politisch inspirierenden Dampf aus dem Kessel der Kultureinrichtungen lassen: „Wir stoppen die Abwärtsspirale Hamburgs als Kultur-

metropole“<sup>1</sup>, „Die Kultureinrichtungen sollen bleiben – und dafür müssen wir sie ändern“.<sup>2</sup> Und nu?

Ein Blick in die Wahlprogramme von SPD und GAL lohnt, um die kulturpolitischen Absichten der Parteien im Gegensatz zu den Ansprüchen nachzuvollziehen. Die SPD proklamiert, den „Negativ-Trend von Kürzungen, Streichungen und Schließungen“ wieder umzukehren und den Einrichtungen sowie den Kulturschaffenden eine auskömmliche Finanzierung zugute kommen zu lassen. Ein bißchen mehr Geld soll es dann vielleicht sein, damit die Einrichtungen ihre Aufgaben gewissenhaft wahrnehmen können. Zumindest scheint hier Sinn und Zweck von Kunst und Kultur nicht ganz verfehlt zu sein, wenn es da heißt, daß in der Begegnung mit diesen auch „Mut zur eigenen Meinung, Offenheit und Toleranz“ herausgebildet werden. Die staatlichen

Theater und Museen sollen ihrem Bildungsauftrag also schon nachkommen können, während im privatwirtschaftlichen Bereich durchaus die Event-Luzi (König der Löwen, Cats usw.) abgehen darf, da für diese Ziel sein muß, „deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken“. „Kultur privat“ auf Augenhöhe mit Förderung durch den Staat: Die scheinbare kulturpolitische Sozialpartnerschaft beendet nicht die Konkurrenz zwischen den Häusern und Spielstätten und geht (unter der Prämisse der Marktfähigkeit) prinzipiell zu Lasten der inhaltlichen Ausrichtung der staatlichen Kunst- und Kultureinrichtungen.

Für die Grünen besteht die Aufgabe der Kultureinrichtungen im Wesentlichen darin, „mit interessanten Konzepten und Vorstellungen Besucher und Gäste anzulocken“, wofür dann z.B. Museen auch „moderner werden und sich an den Bedürfnissen der

Menschen orientieren“ müssen:

„Was wollt ihr eigentlich? Was die Leute so machen, was sie unmittelbar wollen, das ist Kultur! Kultur für alle! Und die Einschaltquote gibt den Maßstab. Dieser Kulturbegriff, der so zwiebackbequem dem Volk nach dem Maul redet, macht alle Kultur zur Freizeit, zu Spielkultur, schleift mit demokratischer Demagogie den Unterschied zwischen Schauspielhaus und Spielothek. Entpolitisierung durch Volksbelustigung“<sup>3</sup>

Eine ausreichende Finanzierung sei zwar auch seitens der GAL selbstredend, eine finanzielle Unabhängigkeit von staatlichen Zuwendungen durch Vollauslastung der Spielstätten (Autonomie im Sinne „Grüner Wirtschaftspolitik“) sei jedoch Zielvorstellung. Falsch

verstandene Zuschauerbindung (eher Kundenbindung) wird durch das „richtige Angebot“

auf dem „Kulturmarkt“ generiert. Das Junge Schauspielhaus soll nach Meinung der GAL deswegen erhalten bleiben, weil es sich „in kurzer Zeit in die Herzen der großen und kleinen Hamburgerinnen und Hamburger gespielt“ hat, und nicht weil dort gesellschaftliche Mißstände durch benachteiligte Kinder und Jugendliche in herausragender, selbstreflektierender künstlerischer Tätigkeit offen ausgesprochen und damit zum Politikum werden. Hier trifft Theaterpädagogik auf Realität, das mag auch herzerwärmend sein, wie dies Eisbär Knut auch war. Aus dem Selbstverständnis des Jungen Schauspielhauses:

„Inhaltlich werden hier gesellschaftlich relevante wie auch Themen aus dem persönlich-privaten Bereich in ihrem ganzen Spektrum kind- und jugendgerecht verhandelt: Macht und Unterdrückung, Heimat und Migration, globale (Un-)Gerechtigkeit, aber auch der Zusammenbruch von Familienverbänden, Generationskonflikte wie auch Entwürfe von Liebe, Utopien und Grenzüberschreitungen.“<sup>4</sup>



Hänsel und Gretel geh'n Mümmelmannsberg, Regie: Volker Lösch, Foto: A. T. Schaefer, 2010

Demgegenüber will die GAL „niedrigschwellige Angebote fördern“. Paradoxaerweise befinden sich die Grünen kulturpolitisch näher bei der Handelskammer als dies die SPD tut; und dies obwohl letztere durch die Nominierung des Handelskammerchefs Frank Horch zum Wirtschafts-senator alles dafür tut, möglichst „Seit' an Seit'“ mit der Handelskammer zu schreiten. Der neueste Plan<sup>5</sup> der „ehrbaren Kaufleute“ zur ökonomischen Zurichtung der Stadt soll auch vor Kunst und Kultur nicht haltmachen, da sie „weiche Standortfaktoren“ seien. Die Kultureinrichtungen sollen auf dem Stand von 2010

unterfinanziert bleiben, kulturelle Leuchtturmprojekte seien für das Stadtmarketing vonnöten, außerdem solle Kultur bewußt eingesetzt werden, „um die gesamte Bevölkerung anzusprechen“<sup>6</sup>.

Die SPD setzt also auf den Ausgleich von privat und Staat, die GAL ist für das, „was bei den Leuten so ankommt“. Im Bettchen zwischen den beiden die Handelskammer, personalisiert durch Herrn Horch. Für die kulturpolitische Neuorientierung hilft nicht nur, nicht zu streichen und die Einrichtungen dann (im SPD-Falle) in „Ruhe zu lassen“. Kultureinrichtungen sowie ihre „Produkte“ (z.B. Aufklärung, Kritik) sind aus der Marktförmigkeit zu befreien. Nicht durch den Sozen Scholz (SPD), die Grüne Hajduk (GAL) oder den „Kaufmann“ Horch, klar. Das werden die Kulturschaffenden selbst in die Hand nehmen. Dabei sind sie tatkräftig gesellschaftlich zu unterstützen. Der erste Aufschlag ist getan.

<sup>1</sup> „Unser Hamburg: stark und solidarisch. SPD-Regierungsprogramm für Hamburg“, Jan. 2011, S. 42.

<sup>2</sup> „Unser Plan für Hamburg: Deine Stadt. Das Wahlprogramm der GAL“, S. 46.

<sup>3</sup> Mathias Greffrath, Um einen grünen Goethe bittend. Ein Einspruch wider alternative Harmlosigkeit in der Kulturpolitik, in: Otto Kallscheuer (Hg.), Die Grünen – letzte Wahl?, Berlin 1986, S. 121-145, 130.

<sup>4</sup> „Lieber streitend vergehen“, Offener Brief des Jungen Schauspielhauses, Oktober 2010, nachzulesen unter: [http://www.kulturserver-hamburg.de/home/schauspielhaushamburg/downloads/js\\_brief\\_portrait.pdf](http://www.kulturserver-hamburg.de/home/schauspielhaushamburg/downloads/js_brief_portrait.pdf)

<sup>5</sup> Vgl. Handelskammer Hamburg (Hg.), Hamburg 2030. Ein Projekt der Handelskammer Hamburg, Hamburg 2010, S. 61.

<sup>6</sup> Ebd. S. 62

## Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft am Sonntag, den 20. Februar 2011

Näheres zum Wahlrecht sowie den kandidierenden  
Parteien unter <http://www.hamburg.de/wahlen>